

Trumps Politik und der Green Deal: Europas Wirtschaft in der Krise!

OE24 analysiert Gerald Grosz' Kritik an der politischen Elite, die für Europas wirtschaftliche Probleme verantwortlich gemacht wird, und beleuchtet die Folgen des Green Deals sowie die Herausforderungen für die Automobilindustrie.



Österreich - Am 13. April 2025 äußert Gerald Grosz in seinem Kommentar auf **OE24** scharfe Kritik an der politischen Elite in Österreich und Deutschland. Er macht deutlich, dass die gegenwärtigen wirtschaftlichen Turbulenzen nicht dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump zugeschrieben werden können, sondern vielmehr das Resultat der Entscheidungen in Europa sind. Laut Grosz wird die europäische Automobilindustrie nicht durch Trumps Green Deal bedroht, sondern durch die selbstgemachten Probleme der europäischen Staaten.

Grosz hebt hervor, dass der aktuelle US-Präsident nicht für die wirtschaftlichen Auswirkungen der Russland-Sanktionen in Europa verantwortlich ist. Besonders besorgniserregend ist die dreijährige Rezession und die Deindustrialisierung, welche Europa bereits stark trifft. Hierbei wird die Verantwortung klar der politischen Elite zugewiesen, die für diesen Missstand steht.

Der Green Deal und seine Auswirkungen

Im Zusammenhang mit dem Green Deal der Europäischen Union, der darauf abzielt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 50% im Vergleich zu 1990 zu senken und bis 2050 klimaneutral zu werden, werden in einem Artikel von **Cicero** Herausforderungen für die Mitgliedstaaten aufgezeigt. Die EU plant, bis 2030 etwa 33% der Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, was im Vergleich zu den gegenwärtigen 19,7% einen enormen Anstieg darstellt.

Da der Transportsektor und die Industrie stark von den neuen Regelungen betroffen sein werden, sind massive Emissionsreduzierungen notwendig. Dabei könnte die Umstellung auf Elektromobilität erhebliche Konsequenzen für die Arbeitsmärkte mit sich bringen; in Deutschland drohen bis zu 178.000 Arbeitsplätze verloren zu gehen. Zusätzlich wird die hohe Kostenstruktur von Elektrofahrzeugen in Kombination mit geringen staatlichen Anreizen als hinderlich für den Verbraucherkauf identifiziert.

Internationale Dimensionen und Streitigkeiten

Die politische Debatte über den Green Deal könnte in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich ausfallen, und es wird darauf hingewiesen, dass die Spaltung zwischen den Ländern nicht ausgeschlossen ist. Während einige Staaten wie Polen weniger Gelder aus dem EU-Fonds zur Unterstützung der betroffenen Regionen erhalten, da sie sich nicht bereit erklärt haben, bis

2050 klimaneutral zu werden, könnte der Green Deal die europäische Nachfrage nach russischen fossilen Brennstoffen verringern.

Diese Perspektiven werden auf der einen Seite durch die offensichtlichen Umweltziele der EU, doch auf der anderen Seite bleibt zu beachten, dass Russland möglicherweise von einer erhöhten Nachfrage nach Erdgas profitieren könnte. Konkret wird angemerkt, dass die EU plant, zehn Prozent der Klimaschutzmittel für die Internationalisierung des Green Deal zu verwenden. Die Herausforderungen sind daher sowohl national als auch international zu betrachten, wobei die Verantwortung der politischen Entscheidungsträger in Europa unumgänglich bleibt.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.oe24.at • www.cicero.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at